

Unsere Standpunkte!

Für jede ostdeutsche Region, egal ob stark oder strukturschwach, muss eine gezielte Strategie entworfen werden. Damit sich Perspektiven eröffnen, den demographischen Wandel zu bewältigen und die spezifischen regionalen Stärken weiter zu entfalten. Zum Beispiel sollten nicht nur die Wachstumskerne in Bezug auf Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität weiter entwickelt werden.

Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen muss ebenso ein Schwerpunkt sein. Keine Stadt, kein Dorf darf zurückgelassen werden. Deshalb ist bspw. die einzelbetriebliche Förderung in der Fläche beizubehalten, die Energienutzung durch nachwachsende Rohstoffe auszubauen – hier mausert sich der Osten zu einem der wichtigsten Standorte der Welt. Aber auch Versorgungsmodelle wie das der Gemeindeschwester „Agnes“, bei der Krankenschwestern in Regionen mit Medizinerangel Arzt-Tätigkeiten übernehmen, müssen verstärkt eingerichtet werden.

Ein aktuell wichtiges Themenfeld sind die sogenannten „Ost-Renten“. Darunter ist vor allem zu verstehen: Rentenangleichung Ost-West, die offenen Rentenüberleitungsfragen bzw. drohende Altersarmut. Im Frühjahr des Jahres 2011 haben wir ein gemeinsames Positionspapier zu den „Ost-Renten“ (http://www.iris-gleicke.de/downloads/Positionspapier_Ostrenten_LGOstFeb11.pdf) formuliert. Darin fordern wir von der Bundesregierung zu den genannten Problemfeldern endlich konkrete Konzepte und Maßnahmen und schlagen vor, wie es gehen kann. Natürlich tauchen darin auch unsere bekannten ostdeutschen Kernforderungen etwa zum Mindestlohn oder zur Ost-West-Angleichung der Löhne auf. Diese Forderungen stoßen bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Wahlkreisen auf große Zustimmung. Das Papier bietet zudem allen Mitgliedern und Freunden der ostdeutschen SPD eine hilfreiche Argumentationshilfe, um den oft mit populistischen Phrasen aufgeblasenen Alleinvertretungsanspruch der Linkspartei bei wichtigen ostdeutschen Zukunftsfragen zurückzuweisen.

Ein weiteres Ostdeutschland künftig stark prägendes Thema wird die „Energiewende“ sein. Noch vor der Sommerpause 2011 hat der Deutsche Bundestag acht diesbezügliche Energiegesetze beschlossen. Wir haben uns damit kritisch auseinandergesetzt und einen Forderungskatalog erstellt, der den „Finger in die Wunde“ dieser Gesetze legt (Link zum Papier). Denn es gibt gerade mit Blick auf den

Osten Deutschlands eine Reihe von längst noch nicht gelösten Problemen und Ungereimtheiten. Wir haben bspw. erhebliche Zweifel daran, dass die Energiewende wie geplant innerhalb von zehn Jahren umsetzbar sein wird.

Sie sehen, die ostdeutschen Länder können gar nicht genug Lobby haben, es wird immer eine Vielzahl von Problemen bestehen. Weitere Verteilungskämpfe bspw. um den Länderfinanzausgleich oder künftige EU-Fördermittel haben erst begonnen. Das Auslaufen des Solidarpakts II in 2019 wird sein Übriges dazu leisten, dass Diskussionen und Debatten um wichtige Standortfragen Ostdeutschlands weiter an Gewicht gewinnen werden.